

## ■ Missbrauchsgebühr

**Karlsruhe** (dpa/ND). Das Bundesverfassungsgericht will sich mit einer neuen Missbrauchsgebühr gegen die Flut offensichtlich aussichtsloser Klagen wehren. »Wir sind mit mehr als 6000 Verfahren im Jahr an eine Grenze gelangt, wo wir überlegen müssen, wie wir die Kapazitäten sinnvoll nutzen«, sagte Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle am Dienstagabend in Karlsruhe. Dafür sollen unzulässige oder unbegründete Beschwerden aussortiert werden, bevor sich ein Richter mit dem Fall befasst.

Das Bundesjustizministerium reagierte zurückhaltend auf den Vorschlag. »Dieser Vorstoß wird erst einmal bewertet und in Ruhe geprüft«, sagte eine Sprecherin.